

# Landrat sagt deutlich Ja zum Voranschlag

Budget 2012 sieht trotz Griff ins Eigenkapital ein Millionendefizit vor

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Mit 72 gegen 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen hat der Landrat am Donnerstag nach über sechsstündiger Debatte den Voranschlag 2012 klar gutgeheissen. Am Schluss stimmte auch die SP, die sich in der Eintretensdebatte noch reserviert verhalten hatte, dafür. Im Budget 2012 der Erfolgsrechnung steht nach der landrätlichen Debatte einem Aufwand von 2506,8 Millionen Franken ein Ertrag von 2487,7 Millionen gegenüber.

Dies entspricht einem Aufwandüberschuss von 17,1 Millionen Franken. Den scheinbar moderaten Fehlbetrag ermöglicht hat allerdings nur die Entnahme von 127 Millionen aus dem Eigenkapital. Effektiv beträgt das Defizit in der Erfolgsrechnung nämlich 144,1 Millionen Franken. Bei Nettoinvestitionen von 203,9 Millionen, Abschreibungen von 69,1 Millionen und dem Aufwandüberschuss von 17,1 Millionen ergibt sich für den Kanton für das Jahr 2012 ein Finanzierungsbedarf von 277,8 Millionen Franken.

## Der Pfad der Tugend

Was sich bereits in der Eintretensdebatte vom Mittwochabend abgezeichnet hatte, war auch bei der gestrigen Beratung der Budgetpostulate feststellbar. Der Wille des Kantonsparlamentes zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Beherzigung der Worte von Finanzdirektor Adrian Ballmer («Wir jammern auf sehr hohem Niveau») ist grundsätzlich vorhanden, auch wenn der Pfad der Tugend noch nicht kompromisslos begangen wurde und möglicherweise auch nie begangen wird. Grundsätzlich wurde jedoch

Versuchen, die ganz dicken Sparbrocken wieder infrage zu stellen, eine Absage erteilt. Von 28 Budgetpostulaten zur Änderung einzelner Posten wurden am Schluss nur deren sechs gutgeheissen. Davon bringen zwei Postulate Minderausgaben und vier Mehrausgaben, wobei erstere in der Höhe von 1,9 Millionen Franken, die Mehrbelastung von einer guten halben Million klar überwiegen.



**Landrat**  
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Zu einer Aufwarentlastung führt zum einen die Million weniger für externe Unterstützung bei der Umsetzung von Sparmassnahmen (BaZ vom Donnerstag), zum andern die 900 000 Franken, die sich durch die Verzögerung bei der Projektierung des Muggenberg-Tunnels ergeben. Knapp mit 45 zu 40 Stimmen abgelehnt wurde hingegen das Postulat von Simon Trinkler (Grüne), der beim Strassenunterhalt eine zusätzliche Million einsparen wollte. Für Regierungsrätin Sabine Pegoraro (FDP) lagen weitere Einsparungen – das Tiefbauamt muss so schon mit Abstrichen von sechs Prozent leben – bei den Strassen nicht drin. «Drei Viertel unserer Strassen weisen dringenden Sanierungsbedarf auf», sagte die Baudirektorin. SVP-Sprecher Hans Jürgen Ringenberg sprach in diesem Zusammenhang von einem «Grabenkrieg zwischen

öffentlichem und Individualverkehr». Hart blieb der Landrat bei der Denkmalpflege. SP-Landrat Ruedi Brassel versuchte vergebens die Kürzung bei der Subventionierung von Kulturdenkmälern zu mildern. Sein Postulat, den Betrag von 305 000 auf 500 000 Franken zu erhöhen, scheiterte mit 48 zu 37.

## Hauptprobe für den Frühling

In vier Fällen zeigte sich der Landrat nachgiebig. Das Postulat von Christine Koch (SP), statt die 85 000 Franken für den ordentlichen Unterhalt der Signalisation von Wanderwegen zu streichen, immerhin 60 000 zur Verfügung zu stellen, wurde mit 52 gegen 33 Stimmen gutgeheissen.

Ebenfalls angenommen wurden die Postulate von Regula Meschberger (SP) zur Beibehaltung des Kantonsbeitrags für den Vorkurs an der Schule für Gestaltung Basel und für vollzeitliche, dual konzipierte Angebote der beruflichen Grundbildung (Grafik, Lehrwerkstatt für Bekleidungsgestalter und Mechaniker). In beiden Fällen – zur Debatte standen 150 000 Franken – geht es um die Gleichbehandlung von Baselbieter Absolventen gegenüber solchen anderer Kantone.

Ansonsten stand der Bereich Bildung, soweit er in die Kompetenz des Landrats fällt, noch nicht wirklich zur Debatte. Dieser «Brocken» kommt im März vor den Landrat. Die diesbezüglichen Budgetpostulate waren daher mehr eine Art Hauptprobe als ein rechtlich verbindliches Beschliessen. Mit 43 zu 39 knapp angenommen – wenn auch noch nicht definitiv – wurde diesbezüglich nur das Postulat der SP-Fraktion zur Beibehaltung der Kaufmännischen Vorbereitungsschule.



**Unbeirrt.** Regierungsrat Adrian Ballmer (vorn) und Finanzkommissionschef Marc Joset brachten das Budget problemlos durch. Foto Kostas Maros

# Das letzte Wort zur Kinderbetreuung hat das Stimmvolk

Neues Gesetz stösst bei FDP und SVP weiter auf erbitterten Widerstand und verfehlt deshalb das Vierfünftelmehr klar

Von Stefan Gyr

**Liestal.** Alle 86 Gemeinden im Kanton Baselland müssen ein eigenes Angebot für die familienergänzende Betreuung von Kleinkindern bereitstellen: Der Baselbieter Landrat hat gestern das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich in zweiter Lesung mit 50 gegen 37 Stimmen verabschiedet. Das letzte Wort zu dem Gesetz wird das Volk sprechen, weil die Vorlage im Parlament das Vierfünftelmehr klar verfehlte: 70 Ratsmitglieder hätten das Gesetz absegnen müssen, damit es nicht den Stimmberechtigten vorgelegt werden muss.

Wie bei der ersten Lesung vor zwei Wochen wehrten sich die FDP und die SVP mit Händen und Füssen gegen das Gesetz, und erneut zogen sie gegen die Übermacht der Mitte- und Linkspartei-

en fast durchwegs den Kürzeren. Eine Mehrheit fand einzig der Antrag der SVP, der Beitragskürzungen bei Eltern mit höheren Einkommen forderte. Klar verworfen wurde der FDP-Antrag, den Gemeinden die Regelung der Einzelheiten wie die Ausgestaltung der Betreuung und die Höhe der Beiträge zu überlassen. Aus dem Gesetz gestrichen wurde ein von der FDP geforderter Selbstbehalt von mindestens zehn Prozent, den die Eltern hätten bezahlen müssen.

## Warnung vor neuen Kosten

Viel zu reden gab die finanzielle Beteiligung des Kantons an den Betreuungskosten der Gemeinden. Die vorberatende Justiz- und Sicherheitskommission des Landrats hatte vorgeschlagen, der Kanton solle den Gemeinden 30 Prozent der geleisteten Beiträge zurückerstatten. Nach dem Willen des Re-

gierungsrats sollte der Kanton die Anschubfinanzierung von Betreuungsplätzen übernehmen. Diese Leistungen sollten zudem auf zehn Jahre befristet werden. Mit der vorgeschlagenen 30-Prozent-Beteiligung des Kantons würde es zu einer Mischfinanzierung kommen, die nach der Neuordnung des Finanzausgleichs vermieden werden sollte, erklärte Sicherheitsdirektor Isaac Reber (Grüne).

Die FDP und die SVP stellten sich hinter den Regierungsantrag. Mit dem Kantonsbeitrag von 30 Prozent werde nur versucht, die Gemeinden zu kaufen, sagte Siro Imber (FDP). Dabei sei der Kanton mit seinen Finanzproblemen gar nicht in der Lage, diese Leistungen zu bezahlen. Hans-Peter Wullschlegler (SVP) warnte vor neuen Kosten in unbekannter Höhe für den Kanton. Karl Willmann (SVP) erinnerte an die kurz

zuvor abgeschlossene Budgetdebatte im Landrat, in der versucht worden sei, die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Es gehe nicht an, eine Vorlage nach der anderen durchzuwinken, mit denen dem Kanton weitere Lasten aufgebürdet werden.

## Höhere Steuereinnahmen erwartet

Die Gemeinden, die bereits heute Betreuungsangebote für Kleinkinder bereitstellen, leisten Beiträge von insgesamt 8,6 Millionen Franken pro Jahr, wie Regierungsrat Reber erklärte. Eine Beteiligung von 30 Prozent käme damit den Kanton auf mindestens 2,6 Millionen Franken zu stehen. Die Mitte-links-Mehrheit hielt an dieser Lösung fest. Es handle sich um einen Kompromiss, erklärte Sabrina Mohn (CVP/EVP).

Der Kanton schaffe eine neue Vorgabe für die Gemeinde und müsse sich

deshalb an der Finanzierung dieser Mehrleistungen beteiligen, sagte Regula Meschberger (SP). Eine auf zehn Jahre begrenzte Anschubfinanzierung reiche nicht, meinte Rahel Bänziger (Grüne). Eine Kostenbeteiligung des Kantons sei angemessen, denn er werde von den Mehreinnahmen an Steuern noch stärker als die Gemeinden profitieren. Gemäss Studien könne mit jedem investierten Franken ein Mehrertrag von 1,40 bis 1,60 Franken erzielt werden.

Mit 48 gegen 37 Stimmen sprach sich der Landrat schliesslich für eine 30-Prozent-Beteiligung des Kantons an den Betreuungsbeiträgen der Gemeinden aus. Ebenfalls auf der Tagesordnung stand gestern das Gesetz für die familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich, doch für die Beratung dieser Vorlage reichte die Zeit nicht mehr.

## Im Vorzimmer

# Alle haben das Resultat der Bundesratswahlen kommen sehen

**Liestal.** Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bleibt auf jenem Sessel sitzen, auf den die SVP seit Langem schiebt. Auf jenem, den sie nach eigenen Aussagen zurückhaben will. Ihre Wiederwahl schaffte die Bündnerin gar im ersten Wahlgang. Die Pleite, welche die SVP am Mittwoch bei den Bundesratswahlen einstecken musste, überrascht die Baselbieter Landrätinnen und Landräte nicht. Auch nicht jene aus dem Lager der Volkspartei selbst. Bereits frühere Versuche, einen zweiten Bundesratssitz zu erringen, waren nicht von Erfolg gekrönt. Während die einen auf Eveline Widmer-Schlumpfs Leistungsausweis verweisen, sprechen andere von einer abgekarteten Sache oder machen eine schlecht gewählte Strategie der SVP-Parteileitung für die Niederlage verantwortlich. da



**Ruedi Brassel.**  
SP.

## «Erstaunlich konkordant»

«Es ist erstaunlich, wie konkordant diese Regierung auftritt. Nur eine Partei tanzte aus der Konkordanz hinaus. Dass diese Partei nicht den angestrebten zweiten Sitz gewinnen konnte, hat sie ihrer eigenen Strategie zuzuschreiben. Diese Regierung wird gut zusammenarbeiten.»



**Elisabeth Augstburger.**  
CVP/EVP.

## «Klassisches Eigentor»

«Ich bin sehr zufrieden mit dem Ausgang der Wahlen. Es macht Sinn, dass Leute im Bundesrat weitermachen können, die gute Arbeit geleistet haben. Hätte die SVP ihre Bundesrätin nicht vor vier Jahren ausgeschlossen, sie hätte nun ihre zwei Sitze. Das war ein klassisches Eigentor.»



**Sarah Martin.**  
Grüne.

## «Keine Überraschung»

«Für mich war der Ausgang der Bundesratswahlen keine Überraschung. Eveline Widmer-Schlumpf hat gute Arbeit geleistet und sich ihre Wiederwahl verdient. Durch die Unsicherheiten, die sich die SVP geleistet hatte, wurde ihr nicht wunschgemäßes Abschneiden immer klarer.»



**Georges Thüring.**  
SVP.

## «Die Wahl war eine Farce»

«Die Sitze waren schon vor der Wahl vergeben. Es konnte nicht anders enden, wenn sich sämtliche Parteien gegen die SVP stellen. Konkordanz scheint für sie ein Fremdwort zu sein. Die Wahl hätte man sich sparen können. Alles war eine abgemachte Sache und darum eine einzige Farce.»



**Myrta Stohler.**  
SVP.

## «Alles zu kurzfristig»

«Es ist alles so gekommen, wie ich mir das schon vor drei Wochen gedacht habe. Entsprechend haben die Parlamentarier in Bern die Kandidaten beurteilt. Traurig bin ich nicht. Die SVP hätte alles viel früher einfädeln müssen, wie das andere Parteien auch tun. So war alles zu kurzfristig.»